Verordnung über die erkennungsdienstliche Behandlung von Personen

vom 23. August 1988

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,

gestützt auf Art. 200 der Strafprozessordnung für den Kanton Schaffhausen vom 15. Dezember 1986¹⁾ sowie Art. 9 des Gesetzes über die Organisation der Kantonspolizei vom 20. Mai 1968²⁾,

verordnet:

§ 1

Zuständigkeit

Die erkennungsdienstliche Behandlung von Personen obliegt im Rahmen der nachfolgenden Vorschriften der Kantonspolizei.

§ 2

Umfang

¹ Die erkennungsdienstliche Behandlung von Personen umfasst:

- a) Erstellen von Fotos;
- b) Aufnahme des Signalementes;
- c) Abnahme daktyloskopischer Abdrücke;
- d) Abnahme von Schriftproben;
- e) Feststellung und Sicherung von Spuren und Befunden an Sachen und am menschlichen Körper.

² Im letzteren Falle ist in der Regel ein Arzt beizuziehen.

§ 3

Bereich

Unter dem Vorbehalt der §§ 4 und 5 sind erkennungsdienstlich zu behandeln:

- a) Personen, die unter dem dringenden Verdacht, ein Vergehen oder Verbrechen begangen oder an einem solchen mitgewirkt zu haben, festgenommen oder verhaftet worden sind;
- b) andere eines Vergehens oder Verbrechens verdächtige Personen, soweit deren Überprüfung zur Ermittlung oder Abklärung der ihnen vorgeworfenen Straftaten erforderlich erscheint;
- c) Personen, die im kantonalen Gefängnis wegen eines vorsätzlich begangenen Deliktes eine Freiheitsstrafe verbüssen, nach Anordnung der Gefängnisverwaltung;
- d) Personen, deren erkennungsdienstliche Behandlung für die Sachverhaltsabklärung oder zur Beweissicherung von erheblicher Bedeutung ist, sofern ihnen kein Zeugnis- oder Aussageverweigerungsrecht (Art. 112 bzw. 123f. StPO) zusteht oder sie auf die Geltendmachung dieses Rechts ausdrücklich verzichtet haben;
- e) Personen, deren Identität nicht auf andere Weise feststellbar ist, oder aussergewöhnliche Todesfälle zur Abklärung des Sachverhaltes;
- f) Personen, welche in der Schweiz um Asyl nachsuchen, nach Massgabe der bundesrechtlichen Bestimmungen³⁾;
- g) Personen auf eigenes Begehren.

§ 4

Einschränkungen

¹ Personen unter 15 und von mehr als 75 Jahren sollen erkennungsdienstliche Massnahmen nur unterzogen werden, wenn dies die Erforschung strafbarer Handlungen dringend erfordert.

² Gegenüber kranken, verunfallten und psychisch oder physisch behinderten Personen ist vor der Durchführung erkennungsdienstlicher Massnahmen zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Gesundheitszustand eine solche zulässt. In Zweifelsfällen oder auf Begehren der betroffenen Person ist ein Arzt zu konsultieren.

§ 5

Verzicht

¹ Steht die Durchführung der erkennungsdienstlichen Behandlung in einem Missverhältnis zum angestrebten Zweck, so ist darauf

zu verzichten.

² Wird auf die Durchführung erkennungsdienstlicher Massnahmen verzichtet, so ist der Grund des Verzichts schriftlich festzuhalten.

§ 6

Löschung

Ergibt sich nachträglich, dass die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung einer erkennungsdienstlichen Behandlung fehlten oder kein ausreichender Grund für die Registrierung des dabei gewonnenen Materials vorliegt, so ist dieses von Amtes wegen zu vernichten und der entsprechende Registraturhinweis zu löschen.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September in Kraft. Sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen ⁴⁾ und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Fussnoten:

Amtsblatt 1988, S. 855; Rechtsbuch 1964, Nr. 370c.

- 1) SHR 320.100.
- 2) SHR 354.100.
- 3) SR 142.3.
- 4) Amtsblatt 1988, S. 855.